

Deutsche Zeitung



Deutsche Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Am Dönhof (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhof 3600-3699, Telegrafische Adressen: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 60, Wöchentlich 1 Mark, Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellschein

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeiger-Preis: non-Zelle 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: non-Zelle 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26

10 Pf - Nr 570 - B 282

MITTWOCH, 3. DEZEMBER 1930

ABEND-AUSGABE - V

DiETRICH'S Werk

Die Beamten des Reichsfinanzministeriums haben in den letzten Wochen mit der Aufbietung der letzten Kraft gearbeitet, um neben der frühzeitigen Fertigstellung des Glais die Realisation der Sanierungsmaßnahmen zu beschleunigen. Wenn die Antifager des „Systems“ einen Witz in die Werkstätten tun könnten, in denen um eine bessere Zukunft unter immer neuen Rückschlüssen gerungen wird, sie würden mindestens den guten Willen anerkennen müssen, der dem Minister bis zum letzten Mitarbeiter alle Beteiligten demselben. Vom Minister, der sich eine Stärkung um 20 v. H. seines Einkommens auferlegt, bis zu den übrigen Beamten, die in der Tat der Gehaltssteigerung eine „Wage“ in den wirtschaftlich bedrohten Schichten der Bevölkerung herbeizuführen bereit sind. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die gegenläufige Verheerung und Verfestigung aufhören würde, bei der oft mehr Unkenntnis als Böswilligkeit mitspielt.

Man muß bedenken, was es heißt, in Notzeiten, die durch die ganze Welt gehen, die besonderen Schwierigkeiten des Deutschen Reiches zu meistern, die vermehrt werden durch äußeren Druck und eine Verunsicherung, die, über die natürlichen Ursachen hinaus, durch eine systematische Opposition völlig negativer Art gesteigert wird. Es galt nicht nur, das Notwendige in Gesetzesform zu kleiden, sondern auch auf den Weg Rücksicht zu nehmen, auf den die äußere Erlebung der Maßnahmen erreichbar schien. Was jetzt als Notverordnung verurteilt wurde, hat vorher die Zustimmung des Reichsrats erhalten, in dem die Länder je nach der parteipolitischen Konstellation und nach den sachlichen Bedürfnissen ihrer Veranlassung ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Wenn man sich erinnert, was in den letzten 12 Jahren an Schwierigkeiten aus dem Völkervertragsaktivismus, dem Völkervertragsaktivismus, dem Völkervertragsaktivismus entstanden sind, muß man anerkennen, daß in der letzten, sachlichen Erlebung durch eine so komplizierte Vorkriegsperiode ein außerordentlicher Fortschritt liegt. Das Ansehen des Reichsrats ist wesentlich erhöht und der Zwang zur Unterlassung gemindert. Für das Ministerium, und insbesondere für Dr. Dietrich, ist seine nächste Hilfe bedeutet das Ergebnis dieser Beratungen durch die besten Gegenüberliegenden der Länder eine wertvolle Stütze und eine außerordentliche Genugtuung. Auch die Öffentlichkeit hat Grund, diesen Diensten des Staates, die sich im Dienst aufwenden, Anerkennung zu zollen, gleichviel wie man politisch und wirtschaftlich das Ergebnis dieser Bemühungen bewertet.

Dem Reichstag, der heute zusammentritt, bleibt nur die Aufgabe der Ratifizierung notwendiger Beschlüsse. Man darf es dem Kanzler und seinen Beratern glauben, daß sie diesen Weg nur beschreiten haben, weil sie ihn als das geringere Übel ansehen, gegenüber der Aussicht auf ein solches und rechtliches Zerbrechen, von dem einem jeden Zweifel des Parlaments nur zu Gebotswegenen benutzt werden wären, während andere Gruppen, gezwungen durch ihre Bindung an Sonderinteressen, nicht die Kraft aufgebracht hätten zu dem mutigen Entschluß, das Ganze zu bejahen bei aller Verantwortung der Einzelheiten.

Der Reichstagler hat lange geögert, ob nicht trotzdem der Versuch gemacht werden sollte, das Sanierungsamt erst dem Reichstag zur Genehmigung vorzuliegen. Seine weisliche Art, die immer mit einem Winken anzeigt, aber nicht die Entschlossenheit besitzt, weckt und verdient das Vertrauen der außerordentlichen Welt, der bekräftigt worden ist, nicht dazu dienen soll und wird, die demokratischen Grundrechte zu erschüttern. Die Regierung handelt in der Not der Stunde so, wie sie glaubt, daß die Mehrheit des Reichstages und die Mehrheit des Volkes zustimmen würde, wenn sie ohne Sonderinteressen und in voller Kenntnis der Tatsachen zu entscheiden hätte.

Sobald die demokratischen Parteien, die seit Jahren jede Regierungsmaßnahme und jede Vorkriegsmaßnahme zu durchkreuzen suchten, sich nicht scheuen werden, die Fäuste der Demokratie zu entrollen, um in ihrem Namen, den sie oft genug geschworen haben, die Verhinderungswort vorwärts zu treiben, muß die Regierung und nicht jeder, der ihr einseitig die Wege fernmt das Örgenfeld von allem was geschieht und geschehen muß, zu fordern und zu verstehen. Die Diktaturgewaltmäher von links und von rechts, bereit morgen einander die Schädel einzuschlagen, bilden eine gemeinsame Gefahr, der die Regierung und nicht jeder, der ihr einseitig die Demokratie rühmt. Breite Massen des Volkes, von unmittelbarer Not und der Sorge um die kommenden Tage außer Fassung gebracht, mögen diesen lärmenden Verhörungen vorübergehende ihre Ohren leihen.

Stroheln wird und muß das Sanierungsamt versucht werden, mit der Mithras, die sich aufbringen. Im Interesse von Volk und Vaterland,

Vor dem Reichstag

Ansammlungen von Neugierigen — Die Schutzpolizei beugt vor

Ein blauer Kordon ist um das Reichstagsgebäude gezogen. Schon in der zweiten Nachmittagsstunde dröhnen die Markstrich gelochten Abteilungen der Schutzpolizei auf dem Pflaster. Die Abfertigungsmaßnahmen sind heute umfangreicher als bei der Eröffnungssitzung des Reichstags am 18. Oktober. Damals wurde die Schutzpolizei mehr in Bereitschaft gehalten. Heute tritt sie weit zahlreicher in allen Zugangsstraßen zum Reichstagsgebäude in Erscheinung.

Auch die Polizei hat aus den Vorlesungen am 18. Oktober gelernt. Wenn der nationalsozialistische „Anwalt“ Herrschend honor „am“, daß Esprit und Prospektive Ausrichtungen zentralisieren könnten, die die nationalsozialistische Partei nicht wolle, dann weiß man, daß das eher anregend als abwehrend wirkt.

Zwischen dem Brandenburger Tor und dem Volkshaus haben

sich schon sehr lange vor dem auf 3 Uhr festgesetzten Sitzungsbeginn hunderte angeammelt, von denen man nicht mit Gewißheit sagen kann, daß sie bloß Neugierige, harmlose „Reisige“ sind.

Die Polizei beginnt gegen 2 Uhr die Ansammlungen unmittelbar vor dem Reichstagsgebäude aufzulösen und abzuräumen. Gleichzeitig ist größte Sorge getroffen, daß nicht geschlossene Gruppen wieder in die Gehsteigstraßen der City gelangen und dort bösen Unfug anrichten können.

Zu sehen gibt es übrigens vor dem Reichstagsgebäude nichts, denn die weitaus größte Zahl der Abgeordneten ist bereits seit Vormittag im Saal und in den Fraktionszimmern versammelt, um die letzten Wägen für die politische Aussprache zu treffen.

Es besteht vor Sitzungsbeginn die Mühsal, daß lediglich der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich spricht und die Debatte erst am Donnerstag anfangen soll; aber darüber wird die Entscheidung der Reichstags selbst zu treffen haben.

S-A auf freier Tat ertappt

Nationalsozialistisches Feldlager bei Breslau ausgehoben

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRESLAU, 3. DEZEMBER

Der Breslauer Volkspolizei gelang es, nationalsozialistische Sturmabteilungen „auf freier Tat“, nämlich bei flagranten Verberetungsaktionen zu militärischen Aktionen, zu ertappen. Im Schloß des Herrn von Doffen in Jäghowik, bei Graf Reudlich, im Landkreis Breslau, wurden nationalsozialistische Sturmabteilungen, während sie sich sammelten, überführt, die Waffen beschlagnahmt und die S.-A.-Leute, die sich zum Teil auf dem Gut außerhalb des Schlosses verborgen hielten, verhaftet. Die Aktion ist noch nicht abgeschlossen, insofern sind bisher etwa zweihundert Mann verhaftet, und es werden noch weitere eingeliefert. Auch der Rittergutsbesitzer von Doffen selbst, der während der Nacht nicht im Schloß war, ist heute vormittag verhaftet worden. Ein genaues Bild über Art und Zweck der

Zusammenkünfte wird nach Abschluß der Berechnungen sich geben lassen.

Der Polizei war die Nachricht zugekommen, daß die Nationalsozialisten im Herrschaftsgebäude und der Wähe des Ritterguts ein reguläres Feldlager unterhielten. In der Frühe gegen drei Uhr umstellten Mannschaften der Breslauer Schutzpolizei das Schloß. Als die Polizei bemerkt wurde, verließen einige Nationalsozialisten aus dem Schloß zu entkommen, wurden aber durch Schreckschüsse zurückgetrieben. Die Zahl der Nationalsozialisten war weit größer, als man zunächst annahm. Es wurden deshalb Polizeierleutungen aus Breslau herangezogen; dann schritt man zur Eilrettung. Die Aushebung der Wägen in dem Schloß und in der Wähe konnte erst am Morgen vorgenommen werden, weil die Umgebung der Lager durch zahlreiche Geschosse gefährdet war.

Die S.-A.-Leute waren sämtlich uniformiert und fettenarmmäßig ausgerüstet, zum Teil als Sanitäter. Bei fast allen wurden sofort gestohlene Karabiner, Pistolen und Munition dazu, sowie Handgranaten und Stief- und Stiefwaren gefunden.

Der 15. Mann der Staatspartei

Die Fraktion der Deutschen Staatspartei im Reichstag, die durch den Austritt der Jungdeutschen unter Fraktionsführer glücken war, hat jetzt wieder Fraktionsstärke erlangt. Der Abgeordnete Willbrandt, der auf der Liste der Deutschen Staatspartei gewählt worden ist, hat sich als Kandidat der Deutschen Staatspartei angeschlossen, obwohl er noch wie vor in der Deutschen Staatspartei bleibt. Der Vorkandidat hat bereits beschlossen, die Umkehrung der Ausschüsse vorzunehmen, die durch die Verberichtigung der Deutschen Staatspartei notwendig wird. Die Verteilung der Sitze soll in der nächsten Sitzung des Vorkandidaten erfolgen.

Das neue Reichstagsabhandlung von Rückfänger, das eben erschienen ist, schließt zufällig mit der Biographie des neuen Politikers der Staatspartei August Willbrandt. Es lautet wörtlich: „Bauer in Hennesdorf, Volt Hennesdorf (R. Grotzlan), Eisenbahnstation Friedewalde. Geboren 17. 12. 1888 in Hennesdorf, katholisch, Volksschule und Gymnasium, Schulverwalter, C. R. I und II, Oberleutnant der Reserve a. D. Seit 1919 Besitzer eines Bauernwirtschafts, Hauptgeschäftler 1924 Provinziallandtagsabgeordneter. Beruflicher Beruf: Bauer, Vorsitzender des Geschäftlichen Bauernbundes, Breslau. Vorstandsmitglied der deutschen Bauernschaft Berlin, D. d. R. seit 1928.

Der Beginn macht der persönliche Ministerpräsident Otto Braun, der im ersten Wahlkreis in Oldenburg auf 116 1/2 gewählt worden ist. Eine flüchtige Durchsicht des biographischen

Materials, das bei den Kommunisten wie immer besonders dürftig ist, gibt manche bemerkenswerte Einzelheiten.

Das gilt insbesondere von den Nationalsozialisten, die von der Sturzwelle plötzlich nur die Augen der großen Öffentlichkeit bekommen sind. In ihren Angaben legen sie hohen Ehrenwert auf ihre Kriegsgeld. Einzig für eine ganze Generation ist die Mitteilung, die der Räter Nationalsozialistischer Abgeordneter Richard Schaller macht. Es heißt dar: „Besuche die Volksschule, trat in das örtliche Geschicht als Lehrling ein, infolge finanzieller Schwierigkeiten wird das Geschicht vor Abschluß der Lehrgeld gelöst. Danach Bauerarbeit.“ Der Diplomatendirektor Heinrich Kimmeler, der in Oberbayern-Schwaben gewählt ist, teilt mit, daß er Reichstagsler der Schutzpolizei der Nationalsozialisten ist, nachdem er es im Krieg zum Hauptleutnant gebracht hatte.

Von Mittwoch bis Sonnabend

Der Reichstagsler des Reichstages legte am Mittwoch den Erbetrasen des Reichstages für die nächsten Tage fest. Man kann überhört, mit der heute beginnenden ersten Sitzung des Ausschusses 1931 die alte und auch die neue Verfassungsordnung sowie die eingehenden Mißtrauensanträge zu verbinden. Mit diesem Freitagvormittag wird man möglichst bis Sonnabend fertig werden.

Die nächste Woche soll dann dazu verwendet werden, um innerpolitische und andere Angelegenheiten zu beraten. Dazu gehören auch die Anträge wegen der Hochwasser- und Bergwerkskatastrophen.

Italiens Hilfe für den Meißtibündenden

Poincarés Tagebücher

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 2. DEZEMBER

In den nächsten Tagen erscheint Band 8 des Poincarés Tagebüchern. Er behandelt die Ereignisse des Jahres 1913, und zwar in Form von Tagebuch-Aufzeichnungen, in denen der damalige Präsident alle wichtigen diplomatischen und militärischen Geschehnisse in der ihm eigenen prägnanten und gewöhnlichen Form festhält.

Unter dem vom Vizepräsidenten der Presse zur Vorbereitung der Veröffentlichung der Tagebücher gestellten Komitee sind von besonderem Interesse die Aufzeichnungen über die im März 1913 mit Italien über die Bedingungen seines Eintritts in den Krieg geführten Verhandlungen. Die Initiative dazu war von der italienischen Regierung selbst ausgegangen, die durch ihren Botschafter in London zunächst Sir Edward Grey darüber verhandeln ließ, daß sie gegen bestimmte politische und territoriale Forderungen bereit wäre, aus ihrer bisherigen Neutralität herauszutreten. Die Verhandlungen endeten in einem dem Einverständnis überdrüssigen Nennstadium niedriger.

Es bekamen ungefahr: Einstellung Südtirols, des Trentino und Venetiens einschließlich der Inseln Corfu, Vukow, Dago und Slonjab; Neutralisierung der französischen Rüste einschließlich Marokkos; Ueberlieferung Dalmatiens. Albanien sollte mit Dutzende aus Sowjatsch die Ausnahme erhalten.

Sir Edward Grey, berichtet der französische Botschafter, habe dem Vertreter Italiens seinen Zweifel darüber gelassen, daß er diese Forderungen zeitlich noch finde. Am 12. März hat die englische Regierung durch ihren Botschafter in Paris dem französischen Außenminister Delcandé von der italienischen Demarche Mitteilung machen lassen, daß sie eine Begründung zwischen diesen Forderungen zu befehlen, das italienische Angebot mit Wohlwollen zu behandeln.

Am 13. März erhielt die französische Regierung durch den französischen Außenminister Delcandé den von den italienischen Demarchen, die Österreich Italien für den Eintritt in den Krieg an der Seite der Mittelmächte angeboten habe.

Wenige Tage später meldete auch der französische Gesandte in Stockholm, daß ihm der schwedische Außenminister die Einigung zwischen Italien und Österreich als unmittelbar bevorstehend angekündigt habe. Wenige Wochen später trat Italien an der Seite der Mittelmächte in den Krieg ein.

Die von Poincaré veröffentlichten Dokumente, die zu einem großen Teil der Öffentlichkeit bisher unbekannt waren, erbringen jedenfalls den Beweis, daß Italien damals seine Kriegspolitik rechtlich an die Mittelmächte verknüpft hat.

Kationalisten-Gcho aus Polen

Warschauer Erregung über den Auswärtigen Ausschuß

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSCHAU, 3. DEZEMBER

Die getragenen Beschlüsse des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages wiesen auf die polnische Öffentlichkeit alarmierend. Die offizielle „Gazeta Polska“ spricht von Herausforderungen und wendet sich an die polenrepublikanischen Regierungen, denen sie zu machen laßt, daß ein neuer Status der verfallenen Außenpolitik gleichgültig Polen und die Grundfragen des europäischen Friedens bedroht. Andere Blätter des Regierungslagers sprechen von Unversöhnlichkeit und von Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse, doch lassen sie teilweise gleich erkennen, daß die Maßlosigkeit eines Teiles der Berliner Beschlüsse der polnischen Politik nach dieser Richtung eine ganze Reihe von neuen Entwürfen in die Hand spielt.

So meint der „Kurjer Gorny“ ironisch: Die Form der Beschuldigungen des Reichstagesausschusses macht es unmöglich, daß irgendeine verantwortliche Regierung diese Nichttaten tatsächlich annehme. Man müsse dem deutschen Reichsgesandten, dessen internationales Ansehen dadurch vermindert werden würde, sein Beistand zu dieser Staatsweise seiner Parlamentarier aussprechen. Wenn man deutschfreundlich urteile, so könne man diese Beschuldigungen als Ausfälle eines innerpolitischen Fiebers bewerten und darin die Folgen des Wettbewerbs der Parteien um eine billige Popularität bei den Wählern sehen.

Die Reichspresse und einige Straßendrucke bringen gleichfalls neue Nachrichten über angeblichen antipolnischen Erzer in Österreich und westlich von u. a. als Beweis dafür Druckbriefe gegen Führer des Polenbundes im Regierungsbüro Opatow. Die antipolnische Stimmung wird durch alle diese Nachrichten natürlich von neuem verstärkt. Die extrem deutschfeindlichen Nationaldemokraten wittern nach der Anbahnung der Rigau-Ausführung von dem Reichstage bereits realisierten Liquidationsmaßnahmen bereits Wagnersucht. Sie haben diese Wagnersucht in Österreich, da es die weitere Klärung der deutschen Außenpolitik und den Zusammenhang deutscher Arbeiterfragen für die Zukunft ausschloß und als einziges Mittel der Kolonisation in Polen und Westpreußen für sich bestimmt annehmbare Agrarreform überließ. Würde dieses Wagnersucht tatsächlich gemäß den jetzigen Beschlüssen des Reichstagesausschusses verwirklicht, so haben die polnischen Arbeiter nicht mehr viel Stand zu tun, als sich der Bekämpfung der Reste des Dualismus aus diesen letzten Strömungen.

Die Ironie der Dinge will es, daß die Beschlüsse des deutschen Auswärtigen Ausschusses hier gerade in einem Augenblick bekannt werden, in dem man an der eigenen Politik gegenüber den nationalen Minderheiten während der letzten sechs Monate irre zu werden beginnt. Gehten einer gewissen Selbstbeherrschung lagen zum Beispiel darin, daß mit Vertretern der nationalen Minderheiten über die Schaffung eines besonderen Unterstaatsvertrates...

Die Minderheitenfrage unter Leitung eines Reichstages Ausschusses behandelt wurde. Auch bemühte man sich, bei der jetzigen Umbildung der Regierung, den einen oder anderen Willkür-Anhänger in maßgebender Höhe zu setzen, der gerade in der Minderheitenfrage eine liberale Auffassung vertritt als sie in der letzten Zeit angenommen wurde, zum Beispiel den bekannten Sozialisten Polonski.

Die polnische Erregung ist infolgedessen etwas künstlich, als man auch in Warschau weiß, daß erstens die Regierung nicht gelungen ist, Ausschlußverhandlungen auszuführen und daß zweitens die Mehrheitsverhältnisse gerade im Auswärtigen Ausschusse für die Regierung besonders ungünstig liegen und keineswegs denen im Plenum des Reichstages entsprechen. Von praktischer Bedeutung ist daher nur die von der Volkspartei, dem Zentrum und der Bauernpartei-Spartei eingeleitete Entlassung, die ganz allgemein die Regierung aufrecht, alle verfallenen Mittel einsetzt, um die Lage der deutschen Minderheit zu bessern: Unter ihr steht nämlich die übergroße Mehrheit nicht nur des Reichstages, sondern auch des gesamten bürgerlichen Volkes.

Der deutsche Protest in Genf

Die deutsche Protestnote an den Generalkonferenz des Balforsbundes, in der über den polnischen Erzer gegen die deutsche Minderheit in Ostpreußen Klage geführt wird, wozu jetzt im Wortlaut bekanntgegeben. Sie enthält ausführliches und erschöpfendes Material über alle jene erfindlichen und heimtücklichen polnischen Erzermaßnahmen und über den polnischen Völkchen, die den Befehl der „Polnischen Zeitung“ aus dem Bericht ihres Völkchen betonen find. Die deutsche Regierung fordert in ihrer Beschwerde die Behandlung des polnischen Völkchen auf der nächsten Versammlung im Januar. Die deutschen Forderungen sind in dem Schlussparagrafen der Note folgendermaßen zusammengefaßt:

„Die deutsche Regierung erwartet, daß die Balforsbundes-Vollversammlung die Maßnahmen ergreift, die notwendig sind, um den Befehl der „Polnischen Zeitung“ und Verletzung abzuwenden, unter dem die deutsche Minderheit in Ostpreußen zu leiden hat.“

Die deutsche Note ist jetzt auch in Genf veröffentlicht worden. Das Generalkonferenz hat es am Dienstagabend mit einem kurzen Plenarbesitz alle Nationalitäten ausgeführt.

Das Gerücht, daß eine polnische Beschwerde in Berlin eingetroffen sei, wird von zuständiger Seite als unzutreffend bezeichnet.

Baugoin gefährdet die Kabinettsbildung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 2. DEZEMBER

Entgegen verschiedenen Meldungen der letzten Nacht, daß Dr. Ender dem Bundespräsidenten Wittas sein Mandat, die neue Regierung zu bilden, zurückgegeben habe, wird heute mitting mitgeteilt, daß Ender die Rückabgabe verweigert. Er wurde heute gemeinsam mit Dr. Schöberl von Wittas empfangen. Schöberl zeigt Bereitschaft zu weiterer Meinungsäufklärung mit den Christlichsozialen.

Der angelegte Kampf um die Parteiführer ist nur ein Vorwand. In Wahrheit weigert sich Baugoin, der in seiner Partei noch immer über Einfluß verfügt, dem Verlangen Schöberls, seinen Schilling Starella wieder vom Posten des Generaldirektors der Bundesbahnen zu entfernen, nachzugeben; auch ist er erbittert, daß Schöberl persönlich nicht mit dem Ministerium des Innern, sondern auch die Führung des öffentlichen Sicherheitswesens übernehmen will.

Wohin der Fall aber, daß Ender schließlich nachgeben sollte, befähigt der Bundespräsident eine Beamtverreglung einzuleiten.

Der Mut zur Verantwortung

Otto Braun über das Reformprogramm

DRESDEN, 3. DEZEMBER

Auf einer sozialdemokratischen Kundgebung in Dresden hielt der preussische Ministerpräsident Brauer eine feierliche Rede mit Augenblick und dem Nationalsozialisten. Dabei stellte er mit Umsicht fest, daß bei der Regierung sich ein geschlossener, einheitlicher Wille gezeigt habe. Es habe nicht den geringsten Wert, über Einzelheiten des Reformprogramms zu debattieren. Zum Teil eine Regierung über, die auf dem Boden der Verfassung liegt und die eines freien Volkes, als daß eine unverantwortliche Diktatur das Volk regiere. Man müsse froh sein, wenn sich Männer finden, die den Mut zur Verantwortung hätten. Es wäre nicht notwendig, zu vorgehen, wenn nicht am 14. September die Wähler auf die Pflichten der Radikalen hingewiesen wären.

Hugenbergs Kurs

Die deutschnationalen Pressestelle teilt über die Verhandlung der Deutschnationalen Volkspartei, die am Montag und Dienstag im Reichstag stattfand, mit der Vorstand mit den Führern einig in der Fortsetzung der bisherigen Politik.

Plöglich Diskussion über Cuxen-Malmedy

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRUSSEL, 2. DEZEMBER

„Fédération des cercles catholiques“, deren Präsident der Antwerpen Abgeordnete Segers ist, der gestern von vielen Seiten als Redakteur Jaspers genannt wurde, hat für morgen eine außerordentliche Sitzung einberufen, um sich mit der Frage Cuxen-Malmedy zu beschäftigen. Welche Urfragen die plötzliche Diskussion dieser Frage hat, war noch nicht festzustellen. Trotz eines ziemlich eingehenden Artikels im „Nationalen Blatt“ „Belgien“ ist nicht anzunehmen, daß die Debatte ein Teil der Cuxen-Malmedy Ergebnisse haben wird, da der Redakteur der deutschfeindlichen Abgeordnete David aus Vervier ist.

Segers war früher Führer der Katholiken in Antwerpen und wurde durch von Gansbaert von diesem Polten vertrieben. Eine Zeitung hatten sich deshalb in Antwerpen die Katholiken angeeignet. Segers und Gansbaert haben sich aber wieder ausgesöhnt, da Segers sich politisch sehr gewandelt hat. Er war anfangs kommunistischer als Jaspers, zu dessen Gruppe er gehörte, antipolnisch und im Gegensatz zu Gansbaert gegen eine Verbindung mit der Sozialdemokratie. Diese Haltung aber hat er aufgegeben. Vor Jaspers hat er den Vorteil voraus, daß er politisch unbelastet ist.

Volkzählung mit Fried

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PRAAG, 3. DEZEMBER

Am Tage vor der Volkzählung ist in die deutsch-böhmische Stadt Bräun 600 Mann österreichische Militär eingezogen, um die Zahl der tschechischen Bürgerschaft zu vernehmen. Die Tschechen heissen durch die Österreicher die „Polstehungslandkinder“ in Bräun 20 0 0. Es ist eine öffentliche Sitzung. Auf die Einführung der tschechischen Öffentlichkeit antwortete das Regimentskommando mit einer Erklärung, daß die Ueberlieferung des Militärs nach Bräun aus Dienstgründen angeordnet wurde, daß sie jedoch erst zu einem Zeitpunkt erfolgen sollte, wo auf die Volkzählung keinen Einfluß mehr haben würde. Warum die Ueberlieferung vorzeitig erfolgte, sei Gegenstand einer Untersuchung.

Diese amtliche Mitteilung ist charakteristisch für die Art der Besatzungsregierung der Tschechoslowakei, die über die Räder der obersten Behörden hinweg Maßnahmen zur Erreichung ihrer nationalpolitischen Zwecke treffen.

Politische Tagesnachrichten

Vom Freistaat Lippe

Der Lippsche Landtag wählte nach dem Austritt des bisherigen Vertreters der Demokratischen Partei im Landesparlament, Schulz, die Partei der Nationalen im Reichstag als Vertreter der Übergangszeit Dr. Petri. Das Lippsche Landesparlament hat sich nunmehr aus dem Vorhergehenden Parte (Gos.), dem Vertreter der Volkspartei Theodor und Übergangszeit Petri zusammen.

„Frick's Gehaltsverzeichnis“

Die von den Nationalsozialisten in Laufzeit geleitete Agitationsliste, wonach der tschechische Innenminister Frick auf einen Zeit einer tschechischen Regierung in Bräun 20 0 0 ernannt worden soll, hat sich als völlig falsch erwiesen. Eine tschechische Anfrage im Reichstag teilt Finanzminister Baum mit, daß Frick dieselben Bezüge wie die andern Minister für sich in Anspruch nimmt.

Die Überführung der Hoehschulen

Die Zahl der für das Wintersemester 1930-31 an der Unteroffizierschule eingeschriebenen Studenten beläuft sich auf 7144; die Besetzung einer bisher nicht näher erzielten Befähigung.

Das deutsche Eigentum in Marokko

Man glaubt nicht, daß am 17. November war die tschechische Regierung abgelehnt, die den Deutschen für den Verkauf ihrer Besitztümer in Marokko an den Staat zu verkaufen. Die Regierung angesehener Käufer eingekauft war. Man glaubt nicht, daß betreffende Deutschen innerhalb ihrer Frist der Regierung genehme Käufer gefunden hätten. Unter diesen Umständen habe die marokkanische Regierung, von ihrem tschechischen Gesandten dem in Marokko nicht legitimierten deutschen Eigentum Gebrauch gemacht, und den deutschen Eigentümern seien nunmehr ihre Rechtsansprüche und die Eigentum im Marokko entzogen worden. Die Pflicht der marokkanischen Regierung zur Zahlung einer Entschädigung an die Eigentümer, aus einer Gesamtentschädigung an das Deutsche Reich besteht.

Ausschreitungen gegen Katholiken in England

In Liverpool kam es zu Demonstrationen gegen die Nationalisten. Der Erzbischof von Liverpool, der in einem Briefe Briefe verteilte wollte, wurde durch Steinwürfer an dem Platz verhindert. Ein Vater, der an der Tür eines Kirchenbaus stand wurde in seinen beworfen, aber nicht verletzt. Schon seit langem ist es zwischen dem tschechischen Erzbischof und dem englischen Bischof von Liverpool zu Auseinandersetzungen über angebliche „terroristische“ Aktionen von tschechischen Priestern gegen Missionen gekommen.

Der Radikalpakt des Unterhans gestorben

In London ist nach langer Krankheit das linkssozialistische der Arbeiterpartei, Peter, gestorben. Der sich seit Jahren dem Alkohol betrunken, wurde er als pflichtlos und feilsch mit negativem Ergebnis den Antrag auf völlige Abhängigkeit von Peter, Fichte und Zwillinge gestellt.

SCHRIFTLEITER: DR. WILLY MEISL, BERLIN

Froitzheim „führt“ in Cannes

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

CANNES, 2. DEZEMBER

Das zwischen dem Tennisverein von Cannes und dem Monte-Carlo-Tennis-Club veranlaßte Tennisturnier hat bei der dritten Begegnung der beiden Mannschaften 8:5 für Cannes geendet.

Die deutschen Reichswehr-Reiter bei Hoover

WASHINGTON, 2. DEZEMBER

Die deutschen Reiteroffiziere, die auf ihrer Beurlaubung so große Erfolge erzielten, sind in der amerikanischen Regierungshochschule eingetroffen.

Bobby Jones Amerikas größter Athlet

Eine Allround-Rangliste

Die Liste der zehn besten Sportleute Amerikas, die von einem Komitee aus 600 Beobachtern zusammengestellt wurde, wird vom Golfmeister Bobby Jones angeführt.

1/2 Millionen Mark Kriketteinnahme

Die alljährlich ausgetragenen Kriket-Weltspiele erfreuen sich in England noch mehr als je zuvor steigender Beliebtheit.

Obwohl die Witterungsverhältnisse die Austragung dieser fünf Kriket-Turniere begünstigten, die ebenfalls während vieler Jahre in London, London und Los Angeles ausgetragen wurden.

90 Schweden nach Los Angeles

Der schwedische Reichsverband beauftragte sich, wie bereits berichtet, in seiner letzten Sitzung ausführlich mit dem Vorbereitung für die Olympischen Spiele 1932.

Olympia in Los Angeles zu befehlen, von denen 50 an den Winterferien in 200 Mann teilnehmen sollen.

Alle Härte hört einmal auf

Skibinskis ruhiger Untergang

Berufssportler offen ein hartes Wort. Wir sind alle nicht auf Erfolg getrieben. Von der Faust in den anderen Mund zu leben mag manchem einisch erscheinen, doch auch der andere von der Faust in (auf) seinen Mund leben will kompliziert die Sache.

Es wird Eishockey geübt

Eislaufverein und Eislaufclub 1:1

Diesmal trafen sich im Sportplatz zum Übungsspiel der Berliner Eislauf-Verein von 1886 und der Berliner Eislauf-Club.

Münchener Berufsboxkämpfe

Der amtierende Berufsboxkampfrichter der neu gegründeten Berufsgruppe Bayern des Verbandes Deutscher Faustkämpfer am Freitag im Münchener Circus Krone vor bei nur 1000 Zuschauern ein finanzielles Fiasko, obwohl die Kämpfe selbst recht gut waren.

Wintersport-Werbeabend der H.H.

Mit Film und Vortrag unterhält (und belehrt) man die Leute und man interessiert sie so. Der abendliche Ausklang für Leibeswäger an der Sandelschule hatte mit einem Werbeabend wieder einen Erfolg.

Helfer im Haus und Hausbedarf

Innenarchitektur, Dekorationen, Tapeten, Möbel-Bezugsstoffe, Kappich Dürsch

Klub-sessel Sofas, August Sänger, Möbel-Kamerling

ABEBA, Abteilung: Wende-Kunst, Kunstgewerbliche Ateliers und Erzeugnisse, M. Panisch

Verschiedenes, Perser Teppiche, Wir reinigen u. färben in 5 bis 8 Tagen, Färberler C. W. Gatz

Kassenblock, Tappich-Kunststoffe, Ungeziefervertilgung, Wäschereien, WASCHE

Wäsch- und Pflegetechnik ERICH DUMKE, Kfz-Reparatur, Dampfwascherei W. Ewermann

Wohlmöbel, Krause Pianos, Teppich

Polstermöbel, Reparaturen, Neuanfertigung, Paul Fenske, Pelzmäntel

Optik, Photographische Apparate, Diapositive, Industrie-Einrichtungen Bernhard Mühlisch

Diapositive, Orientierstr. 12, Farnsprecher: Moritzplatz 833

Dampfwascherei SPREGOLD, Cöpenacker Dampfwascherei Merkur

GARTEN- WÄRSCHEREI, KUNSTSTOFFEREI, ERSS-WÄSCHEREI

Verschärfte Schweizer Wirtschaftskrise

Kurzarbeit nimmt zu

Bericht der Vossischen Zeitung

ZÜRICH, 10. DEZEMBER

In immer stärkerem Maße macht sich die Weltwirtschaftskrise auch in der Schweiz fühlbar. Bereits der Exportrückgang gegenüber dem Vorjahre betrug mit 300 Mill. Franken betrügt weit auf die Konjunkturverschlechterung hin. Sie wird noch deutlicher durch die Abnahme der Beschäftigung in der Industrie bezeugt. Entsprechend der sonst üblichen Saisonbelohnung im Herbst, hat sich die Zahl der Arbeiter in 75 betriebl. Betrieben, die bereits seit Ende Oktober 1929 von 72,698 oder 25,9 pCt. auf 72,003, d. h. um dieses Jahres gesunken war, seitdem weiter auf 33,380 oder 14,2 pCt. vermindert. Gleichzeitig ist die Zahl der in direkt schlicht beschäftigten Unternehmungen tätigen Arbeiter von 34,271 auf 37,009 oder von 14,3 pCt. auf 14,3 pCt. gestiegen, so daß gegenwärtig mehr als ein Drittel aller Industrieunternehmungen mit vier Zehntel aller Arbeiter schlecht beschäftigt sind. Am stärksten haben die Exportindustrien gelitten, bei denen der Rückgang mehr als 20 pCt. betrug, während die reinen Inlandindustrien sich besser gehalten haben, da höher als 20 pCt. auf 12 pCt. erfolgt ist. In einem Sechstel aller schweizerischen Fabriken muß heute mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet werden.

Am schlimmsten sieht es in der Textilindustrie aus. In der Baumwollindustrie, wo 2 pCt. erhebliche Einschränkungen vorgehen müssen, hat allerdings neuerdings eine leichte

Besserung eingetreten, die jedoch gegenüber der Tatsache unwesentlich erscheint, daß hier von 171 Unternehmungen nicht weniger als 135 über schlechten Beschäftigungsgrad berichten und auch die Aussichten überwegend ungünstig beurteilt werden. Auf die auch von der Seidenindustrie die besonders durch die sinkende Aufnahmefähigkeit Kanadas, Australiens und Oesterreichs beeinträchtigt wird, so daß 40 pCt. der 71 Betriebe zur Kurzarbeit gezwungen sind und nur 23 gegen 43 im Vorjahre befriedigend befürcht sind. In der Stickerei setzt sich der Auftragsrückgang fort.

Eine anhaltend gute Konjunktur, vor allem durch hohen Inlandsbedarf weist noch die Nahrungs- und Genußmittelindustrie auf, die sich durch die Seidenindustrie die besonders schädlicher Betriebe mit 94,1 pCt. der Arbeiter zeigt. Das gilt trotz 20 pCt. Exportstagnation besonders von der Schokoladenindustrie. Auch die Schweißindustrie wird vorwiegend für das Inland gut beschäftigt. Besonders bemerkenswert erscheint der Abstieg in der Metall- und Maschinenindustrie, die noch bis vor kurzem der Hauptträger der Schweizer Konjunktur war. Die sowohl im Inlande als auch im Auslande, hauptsächlich in Holland, Belgien, Südamerika und Spanien stark konsumierte Investitionsgüterindustrie hat zu einem rapiden Beschäftigungsrückgang geführt. Noch ungünstiger ist schließlich die Lage der Uhrenindustrie, wo allerdings kassierte der amerikanischen Zollbehörde bereits Mitte des Jahres über drei Drittel aller Unternehmungen, in denen 80 pCt. der Gesamtarbeiterschaft tätig sind, über einen erheblichen Teil der Produktion erhebliche Einschränkungen haben weitgehende Betriebsbeschränkungen vorgehen müssen. M. G.

Haftung für Steuer-Rückstand

Wirtschaftsverordnungen Entscheidung des Reichsfinanzhofs

Eine für Pächter und Verpächter, besonders aber für Erben die Schenkstättigen verpackten, wichtige Entscheidung hat der Reichsfinanzhof gefällt. Sie betrifft „rückständige Steuerschulden des Betriebsvorgängers“ nach § 96 des Reichsabgabengesetzes. Es geht um die Steuerpflicht auf den Betrieb eines Unternehmens und wird das Unternehmen im ganzen veräußert, so haftet der Erwerber neben dem Veräußerer für die laufenden und für die rückständigen, aber noch nicht entrichteten Steuern. Diese Steuern sind neben den Verbrauchsteuern und der Industrieabgabe besonders die Umsatzsteuer. (Vgl. auch den Bescheid vom 20. Okt. 1929, Nr. 20.)

Um jemand haftbar zu machen, muß ein Unternehmen im ganzen, d. h. ein lebendiger Betrieb, an ihn veräußert worden sein. In erster Linie trifft die Vorschrift zwar den Verkäufer eines Unternehmens. Die Rechtsprechung hat sich aber auch ausgesprochen auf den Pächter, der ein Unter-

das der Verpächter bis dahin betrieben hat, gepachtet und weiter betreibt. Auch der

Rückfall des Betriebs vom Pächter an den Verpächter ist von Reichsfinanzhof bisher als ein die Haftung nach § 96 der Reichsabgabengesetz auslösenden Betriebsübergang angesehen.

In einer neuen Entscheidung hat aber der Reichsfinanzhof in letzterem Punkte diese Auffassung aufgegeben und ausgesprochen, daß der Verpächter eines Unternehmens, an den das Unternehmen bei Beendigung des Betriebs an den Pächter, für rückständliche Steuern des Pächters, nicht haftet, wenn er den Betrieb des Pächters, ohne ihn weiterzuführen, sofort weiterverpachtet.

Hieraus setzt der Begriff der „Veräußerung“ im Sinne des § 96 des Reichsabgabengesetzes voraus, daß der Verpächter ein solches mit dem Willen des bisherigen Unternehmers auf einen neuen Unternehmer, der den Betrieb selbst fortführt, übergeht. Das Gesetz kann daher nicht auf einen Fall angewandt werden, in dem jemand, der Herd des Betriebs wird, diesen Betrieb tatsächlich nicht weiterführt und auch nicht weiterführen will. (Urteil des Reichsfinanzhofs vom 10. Oktober.)

Senkung der „kleinen Unkosten“

Eine Meldung, wonach der Verband der deutschen Kartonfabriken für seine Fabrikate eine Preisreduktion von durchschnittlich etwa 20 pCt. beschlossen habe, wurde bereits nach vierundzwanzig Stunden von der Verbandsleitung offiziell widerrufen. Man erklärte, daß von einer Preisreduktion keine Rede sei, nachdem der Rückgang der Preise nicht weder Verhandlungen, noch Erwägungen geschwebt.

Dieses strikte Dementi kann nur mit Bedauern zur Kenntnis genommen werden. In maßgebenden Kreisen der Wirtschaft wird man nicht zu unrecht darauf hin, daß eine Senkung der Verpackungskosten nicht so bedeutungsvoll sei, um nicht im Verkaufspreis der Waren zur Geltung kommen könnte. Die Verpackungskosten werden in vielen Fällen nicht mehr in Rechnung gestellt. Bei der Selbstkostenrechnung ergibt sich aber innerhalb ein Mindestverhältnis zu den Verkaufspreisen. Wenn man dies berücksichtigt, wirkt besonders bei Stapelartikeln und geringwertiger Konfektion preisverhörend, so daß das Rechnen mit dem Fernpreisbrotteil sich selten Ausdruck im Detailpreis finden können.

Wenn man berücksichtigte, daß neben den Kartonpreisen noch eine ganze Anzahl weiterer sogenannter kleiner Unkosten, die gleichfalls einer Revision bedürfen, den Endpreis der Ware mitbestimmen, so erscheint auch eine sorgfältige Prüfung dieser Unkostenfaktoren dringend notwendig. Der Verband der Kartonfabriken erklärt, daß die Preise für Textilien konstant, bzw. nur geringfügig sinken werden. Diesem liegen „Trotzdem“ gilt man die Kartonpreise für zu hoch. In der Hutbranche gehen die B auf dem Wege vom Fabrikanten über den Grossisten zum Einzelhandel die Verpackungskosten häufig zu einem beträchtlichen Teil zu einem nicht unerheblichen Prozentsatz des Gesamtpreises aus.

In Berliner Konfektionskreisen ist man der Meinung, daß bei diesen kleinen Unkosten der Ansatzpunkt für einen weiteren Preisabbau gegeben ist, nachdem der Rückgang der Rohstoffpreise bereits eine Verbilligung der Stoffpreise und damit der fertigen Konfektion veranlaßt hat. Eine Senkung der Kartonpreise kann auch keine Unmöglichkeit sein. Sind doch die für die Pappfabriken Verwendung findenden Lumpenstoffe in letzter Zeit nicht unwesentlich im Preise gesunken. Hoffentlich wird der Verband der Kartonfabriken die Verlängerung seiner Forderungen in dieser Hinsicht“ eintreten um den Weg für einen Abbau dieser sich summierenden Belegkosten der Fabrikation nicht von sich aus zu versperren.

Erneuerung des Westdeutschen Zementverbandes
Die Verhandlungen über die Erneuerung des Westdeutschen Zementverbandes, die am 1. Dezember 1930 hinaus beschlossen werden sollte, ist ein Beschluß über die Verlängerung nicht zustande gekommen. Damit ist die in Verträge vorgezeichnete Möglichkeit, die Verlängerung eines Stimmenschiebes um 90 pCt. zu beschließen, nicht mehr gegeben.

Geheimer Regierungsrat Brillat, Direktor im Reichsversicheramt für Privatversicherung, tritt, wie wir bereits über die Verordnungen des Reichsversicheramt, die er für den 1. Dezember 1930 hinaus beschlossen werden sollte, ist ein Beschluß über die Verlängerung nicht zustande gekommen. Damit ist die in Verträge vorgezeichnete Möglichkeit, die Verlängerung eines Stimmenschiebes um 90 pCt. zu beschließen, nicht mehr gegeben.

von Erfahrungen verloren, die es gerade jetzt, wo ihm große neue Aufgaben gestellt werden, besonders gut gebrauchen können. Wenn man sich über die Bedeutung der Nationalisierung als der Reform des Aufsichtsgesetzes und an die neuen Bedürfnisse, die ihm durch die Beanspruchung der Bauparagrafen übertrugen werden, Gedanken macht, so wird man sich zu dem Ant eine besondere Regsamkeit entfaltet, so ist das nicht zuletzt auf die Initiative des Geheimrats Brillat zurückzuführen.

Frankreichs Werften rationalisieren

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 3. DEZEMBER

Achtzehn französische Werften haben sich zum „Consortium National des Constructions Navales“ zusammengeschlossen. Es soll vor allem die Rohstoffkosten für die ausgetauschten Rumpfen überbrücken und die Werften unterstützen. Es soll weiter ein gemeinsames technisches Büro für die Mitgliedswerften gründen. Die im Ausland eingeführten Rationalisierungsmaßnahmen sollen in einem eigenen Ausschuss überbrückt werden. Die Rationalisierungsmaßnahmen sollen vornehmlich vorgeschlagen werden. Auch ein Normalisierungsbüro soll eingerichtet werden. Endlich wird dem Consortium ein gemeinsames Vertriebsbüro eingerichtet, das die Aufträge für die Mitgliedswerften erhält und die eingehenden Aufträge je nach der Spezialisierung der Werften verteilt soll.

Betriebsänderung Verlauf der Frankfurter Reichsbank
Die Betriebsänderung der Frankfurter Reichsbank ist am 1. Dezember in Kraft getreten. Die Bank hat sich in der letzten Zeit sehr stark verändert. Das Publikum konnte sich ein Bild von den neuesten Leistungen der Bank machen, wenn sie die verschiedenen Abteilungen der Bank besuchte. Die Bank hat sich in der letzten Zeit sehr stark verändert. Das Publikum konnte sich ein Bild von den neuesten Leistungen der Bank machen, wenn sie die verschiedenen Abteilungen der Bank besuchte.

Berufungsbeschüsse im Bremer Versicherungswesen
In der so v. G. der „Recht“ Versicherungs-A. G. in Bremen wird die Berufungsbeschüsse im Bremer Versicherungswesen. In der so v. G. der „Recht“ Versicherungs-A. G. in Bremen wird die Berufungsbeschüsse im Bremer Versicherungswesen.

Berufungsbeschüsse im Schutzgebietprozess
Der Senat der Reichsregierung in Berlin hat die Berufungsbeschüsse im Schutzgebietprozess. Der Senat der Reichsregierung in Berlin hat die Berufungsbeschüsse im Schutzgebietprozess.

rechtet mit Abweilung auch der Berufung. Eine Erledigung im Wege der Notverordnung ist für den 1. Dezember 1930 vorgesehen. Die Berufung der Reichsregierung ist für den 1. Dezember 1930 vorgesehen. Die Berufung der Reichsregierung ist für den 1. Dezember 1930 vorgesehen.

Schmalz unter Druck

Eigentliche Verhältnisse herrschen zur Zeit am Schmalzmarkt. Obwohl die Stimmung sehr ruhig ist und die Preise zurückgehen, sind die inländischen Beschäftigten knapper als je zuvor. Wie berichtet wird, soll das gesamte in deutschen Häfen schwimmende Material bereits ausverkauft sein. Dabei ist der inländische Bedarf ungewöhnlich groß. Wie stets in Zeiten der Not, macht sich ein Parallel-Erscheinung zu dem sinkenden Butterkonsum — eine wachsende Nachfrage nach Schweineschmalz bemerkbar.

Einzelne Berliner Großhandlungen und Siedereien schätzen ihren diesjährigen Umsatz mit bis 60 pCt. höher als im letzten Jahr. Besonders in Ostpreußen, in den Ostprovinzen, regelmäßig umfangreiche Verkäufe werden. Obwohl die Stimmung sehr ruhig ist und die Preise zurückgehen, sind die inländischen Beschäftigten knapper als je zuvor. Wie berichtet wird, soll das gesamte in deutschen Häfen schwimmende Material bereits ausverkauft sein. Dabei ist der inländische Bedarf ungewöhnlich groß. Wie stets in Zeiten der Not, macht sich ein Parallel-Erscheinung zu dem sinkenden Butterkonsum — eine wachsende Nachfrage nach Schweineschmalz bemerkbar.

Die herrschende Knappheit an amerikanischer Ware in Europa scheint in der Verfassung des Chicagoer Marktes begründet zu sein. In unrichtigen Kreisen neigt man der Ansicht zu, daß die dortigen Faktorkreise ein künstliches Aufblähens durchgeföhrt haben. Das auf diese Weise erreichte Anwachsen der Schmalzbestände in den Seehäfen und Packhäusern soll offenbar einen Druck auf die Schweinepreise ausüben. Auf diese Weise will man den Hause-Beständen der Mäster einen wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Die diesjährige Notlage wird in den jetzigen Umstellungen in den Mastbetrieben, welche infolge der Ernteergebnisse in den U. S. A. einen teilweisen Ersatz des inländischen Mais durch Weizen bedingen, für zwei Zwecke auszunutzen.

Die Packer, in deren Händen das Exportgeschäft liegt, wissen jedoch genau, daß jede merkliche Preissteigerung ein Zusammenbrechen der Schmalzware für Folge haben wird. Nur gleichbleibende Notierungen können ein regelmäßiges Ausfuhrgeschäft gewährleisten. Die Erfahrungen der letzten Zeit haben wiederholt gezeigt, daß jeder Versuch, die inländische Nachfrage durch ein Falschspiel gewesen ist. Aus diesen Gründen rechnen die Packer mit größeren Bewegungen auf dem Marktgebiete.

BERLIN, 3. DEZEMBER. (Telef. Gebr. Gauss.) Butters

Die diesjährige Preissteigerung der Markt weiser in 3. Dezember 1930. Die diesjährige Preissteigerung der Markt weiser in 3. Dezember 1930. Die diesjährige Preissteigerung der Markt weiser in 3. Dezember 1930.

Der neue Futtergerstentzoll

Im Reichsblatt vom 3. Dezember wird der von der Regierung auf Grund der in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 erlassenen Preissteigerung der Gerste zur Viehfütterung veröffentlicht. Der Zollsatz beträgt mit Wirkung vom 4. Dezember 1930 je Doppelzentner, der in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 erlassenen Preissteigerung der Gerste zur Viehfütterung veröffentlicht. Der Zollsatz beträgt mit Wirkung vom 4. Dezember 1930 je Doppelzentner, der in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 erlassenen Preissteigerung der Gerste zur Viehfütterung veröffentlicht. Der Zollsatz beträgt mit Wirkung vom 4. Dezember 1930 je Doppelzentner.

Bahlgischer Zuckertoll 100 Frc.

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRÜSSEL, 3. DEZEMBER

Die belgische Regierung beschloß, das Zuckertoll von 80 auf 100 Franc pro Kilo zu erhöhen. Gleichseitig werden die Aktienbesitzer von 20 Franc je 100 Kilo abgezogen. Diese 40 Franc werden pro 100 Kilo abgezogen. Diese 40 Franc werden pro 100 Kilo abgezogen. Diese 40 Franc werden pro 100 Kilo abgezogen.

Dividenden

- Lebanbrauerei-Böhmische Maschinen AG, Berlin: Vorschlag wider 12 pCt.
- Brauerei Schöffertoff-Binding-Bürgerbräu AG, Frankfurt a. M.: Voraussichtlich wider 30 pCt.
- Feldschlösschen-Brauerei AG, Chemnitz-Kappel: Voraussichtlich 10 pCt.
- Anglia AG in Handel- und Industrieunternehmen (Holding-Gesellschaft des G. Adler jr.-Konzerns): Schätzung 0 pCt. (1. v. 6 pCt.) auf 8 Mill. M Aktienkapital.
- Geiswelder Eisenerwerke AG (1. v. 6 pCt).
- Eisenwerk Wessersbütze AG, Bad Schönlank: Vorschlag wider 10 pCt.
- Ante Lamberts, Christian Sohn AG, München-Gladbach: Vorschlag wider 0 pCt.
- Gilllette Safety Razor Co. (nach Fusion mit Autostrop Safety Razor Co.) Berlin: 3,37 pCt.
- Berry & Staines Ltd. (Lohn AG. Zwischenzinsdividende 5 7/8%) auf 1,75 Mill. Letzt. Kapital.
- Adler & Oppenheimer & Co., Berlin: Vorschlag (1. v. 0).
- Verleingte Westdeutsche Waggonfabriken, Köln: Schätzung wider 7 pCt. zu erwarten.
- Carreiras Ltd. (Textil- und Zigarrenfabrik, London): Vorschlag wider 10 pCt. (Zins 3,37 pCt.)

